**Anschreiben Wahlkreiskandidat\*innen Linke**

Betreff: Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im Finanzsektor – für globale soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaft

Sehr geehrte/r [Name der Kandidatin],

im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 möchte ich mich mit einem wichtigen Anliegen an Sie wenden. Es freut mich sehr, dass die Linke sich klar für die Einhaltung von Menschenrechten im Rahmen des Lieferkettengesetzes einsetzt und auch die Finanzmärkte stärker regulieren möchte. Diese beiden Ziele lassen sich wunderbar miteinander verknüpfen, um sicherzustellen, dass die Finanzwirtschaft nicht weiterhin soziale Ungerechtigkeit verstärkt sondern stattdessen zu einer nachhaltigeren Wirtschaft beiträgt.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung trägt zu den großen Ungleichheiten zwischen dem Globalen Norden und Süden bei. [Studien](https://www.suedwind-institut.de/informieren/themen/sustainable-finance/beitrag/literature-review-financial-sector-due-diligence-adverse-impacts-guidance-and-studies) zeigen, dass auch Finanzflüsse aus Deutschland und Europa diese Dynamiken erheblich beeinflussen und Bekenntnisse zu freiwilligen Standards nicht ausreichen. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht nur den realen Sektor, sondern auch den Finanzsektor in die Verantwortung nehmen und verbindliche Standards für menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten einführen.

Dafür brauchen wir klare, verbindliche Regeln:

*1. Verbindliche menschenrechtliche Regulierung von Investitionen, Krediten und Versicherungen*

Die Finanzwirtschaft ist kein neutraler Akteur. Sie kann sowohl positive Entwicklung fördern als auch Menschenrechtsverletzungen begünstigen. Daher müssen auch die nachgelagerten Wertschöpfungsketten von Finanzinstitutionen in die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einbezogen werden – genauso wie das bereits im Realsektor der Fall ist. Deutschland sollte dies sowohl auf nationaler Ebene im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) als auch im Rahmen der EU-weiten CSDDD vorantreiben.

*2. Nachhaltige Investments eindeutig kennzeichnen*

Nachhaltige Investitionen sollten mehr sein als ein Marketingversprechen. Sie müssen klar nachvollziehbar und überprüfbar sein. Dafür braucht es die Weiterentwicklung der Sozialtaxonomie und eine eindeutige Nachhaltigkeitskennzeichnung für Investmentprodukte, die konkrete menschenrechtliche Risiken und deren Management transparent darstellt.

*3. Vorbildfunktion staatlicher Fonds und Außenwirtschaftsförderung*

Staatliche Fonds, Projektfinanzierungen und Kreditgarantien müssen höchsten menschenrechtlichen und ökologischen Standards entsprechen. Als OECD-Mitglied hat die Bundesregierung eine besondere Verantwortung, sicherzustellen, dass mit öffentlichen Mitteln keine Menschenrechtsverletzungen unterstützt werden. Transparenz, die Beteiligung betroffener Gruppen und unabhängige Beschwerdemechanismen sollten Standard werden.

Diese Forderungen sind Teil der Erwartungen des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung an Bundestag und Bundesregierung für die Legislaturperiode 2025–2029. Sie können diese [hier](https://www.cora-netz.de/bundestagswahl-2025/) detailliert nachlesen (S. 8-10 der Langfassung).

Ich bin überzeugt, dass die Linke einen wichtigen Beitrag zu dieser notwendigen Veränderung leisten kann.

Mit solidarischen Grüßen

[euer Name]

[ggf. Organisation]